

Am Tag, als das Kapital floss

- Das neue ökonomische Denken ist schwer, wenn man sich nicht von alten Denkmustern lösen kann -

von

Heiner Flassbeck

FTD, August 2012

Der neu geschaffene Euro-Rat des INET, des von George Soros in die Welt gerufenen Instituts für neues ökonomisches Denken, hat in einer denkwürdigen Stellungnahme versucht, die Politiker in Europa aufzurütteln und zum Denken zu bewegen. Das ist lobenswert aber vielleicht zu spät, gerät doch die Eurozone allmählich in jenes komatöse Stadium, wo man geneigt ist, nur noch für den Patienten zu beten, aber nicht mehr nach Wegen zurück zum Leben zu suchen. Schlimmer aber noch ist, dass die dort versammelten europäischen Ökonomen statt neu zu denken, im ältesten ökonomischen Denkmuster der Welt verfangen sind und deswegen auch keinen Weg aus der Krise finden.

Als eigentliche Ursache der Krise identifiziert die Ökonomen-Gruppe, nicht anders als Herr Sinn, „Kapitalflüsse“ in die heutigen Defizitländer, also die Länder Südeuropas vor allem, die von den Überschussländern zumindest geduldet wurden. Da staunt man dann doch nicht schlecht. Warum sollten Kapitalflüsse in einer Währungsunion ein Problem sein. Da haben sich Länder auf ein gemeinsames Inflationsziel geeinigt, die Zinsen sind nominal vollkommen gleich, die Länder sind Teil einer Europäischen Union, die nichts für wichtiger hält als die Freiheit der Kapitalflüsse, und plötzlich sind genau die das Problem. In der Welt jenseits Europas, da gibt es tatsächlich Probleme mit den Kapitalströmen, aber da gibt es ja auch kein gemeinsames Inflationsziel, keine gemeinsame Währung und keine gemeinsame Geldpolitik, weswegen dort die bösen Spekulanten mit den Währungen Jojo spielen und zu untragbaren Auf- und Abwertungen führen. Das genau wurde doch durch die Währungsunion unterbunden und nun stimmt das alles nicht mehr?

Wenn wenigstens die Defizitländer die gleiche Krankheit aufwiesen, die man den Kapitalströmen anhängen kann, aber nichts da: Spanien hat ein Immobilienproblem, aber kein Haushaltsproblem, Italien und Griechenland haben hohe öffentliche Schulden, aber kein Immobilienproblem. Ist es schon ein Problem in einer Währungsunion, wenn die Kapitalmärkte unveränderte Staatsschuldenquoten von Ländern finanzieren, wie im Fall Italien oder sogar gesunkene, wie in Spanien? Nein, sagt auch der INET-Rat, eigentlich kann das nicht sein und schiebt fast verstohlen hinterher, die Defizitländer hätten aber auch noch real aufgewertet, was schwierig zu beheben sei in einer Währungsunion.

Sieh da, aufgewertet haben die Defizitländer! Wie konnte das passieren, wo man sich doch klar und eindeutig auf das alte deutsche Inflationsziel von zwei Prozent geeinigt hatte? Wie kann es sein, das genau in dem Augenblick, wo man sich darauf einigt, Wechselkursänderungen nicht mehr zu brauchen, riesige außenwirtschaftliche Ungleichgewichte entstehen und Wechselkurse wieder gebraucht würden? Woher

kamen die Unterschiede in der Inflation bei der gleichen Geldpolitik? Wieso gab es keine Konkurrenz, die zumindest bei den handelbaren Gütern für einen Ausgleich der Preise gesorgt hätte? Und schließlich, warum sollte man glauben, dass es die Kapitalströme waren, die für die Inflationsratenunterschiede verantwortlich sind? Zunächst waren die nominalen Zinsen nämlich völlig gleich. Die Realzinsunterschiede entstanden erst durch die Inflationsunterschiede. Das aber impliziert, dass die Inflationsunterschiede nicht durch die Kapitalströme erklärt werden können?

So viele Fragen, so wenige Antworten. Das alte Denken gibt keine Antworten, weil es geprägt ist von der Furcht, über Löhne zu reden. Nur Lohnentwicklungen aber können erklären, wie es zu realen Auf- und Abwertungen in der Währungsunion kam und warum es so schwer ist, diese zu korrigieren. Wer fest daran glaubt, dass es einen eigenständigen Arbeitsmarkt gibt, wo Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, kann und muss nicht über Löhne reden. Wer die unbestreitbare empirische Evidenz zur Kenntnis nähme, dass Lohnstückkosten, also der Abstand der Nominallöhne zur nationalen Produktivität, die Preissteigerungen dominieren, der verlöre das Kostbarste, was er als Ökonom hat: den Glauben an die flexiblen Arbeitsmärkte, die ohne weiteres Vollbeschäftigung herstellen würden, wenn die Arbeiter es nur zuließen.

Wer über Löhne redete, müsste auch zugeben, dass Deutschland mit seiner extrem schwachen Lohnentwicklung maßgeblich zu den Auf- und Abwertungen beigetragen hat und müsste fragen, ob das gerechtfertigt war angesichts eines gemeinsamen Inflationsziels von zwei Prozent. Letztlich, und das ist das Schlimmste, um aus der Krise herauszukommen, müsste man vorschlagen, die Lohnentwicklung im Euroraum über Jahre auf allen Seiten zu kontrollieren, um die Aufwertung der Defizitländer zu beseitigen. Das alles ist aber Teufelszeug, da Kurieren wir lieber noch ein bisschen an den Symptomen und verschieben das neue Denken aufs nächste Mal.